V e r h a n d l u n g s s c h r i f t

über die Sitzung des Gemeinderates Pfarrkirchen bei Bad Hall am Freitag, den 2. März 2012, um 19.00 Uhr, im Sitzungszimmer der Gemeinde.

Beginn der Sitzung: 19.00 Uhr

Ende der Sitzung: Uhr

anwesend: 1) Bgm. Herbert Plaimer als Vorsitzender;

2) die GVM. Vbgm. Alfred Jungwirth, Sieglinde Schaufler, Wolfgang Knogler, Eva Maria Hütmeier und Kornelia Haselsteiner;

3) GRM. Sabine Plaimer, Jürgen Irkuf, Peter Prihoda, Herta Jungwirth, Sieglinde Prihoda, Gertraud Hinterberger, Ing. Johann Gruber, Gerhard Neudecker, Alfred Fischereeder, Heinz Straßmayr, Edward Daubner, Heinz Straßmayr, Heimo Kahr, Ing. Marianne Daubner

4) die EM. Christine Neudecker, Alois Kury Rosmarie Straßmayr, Daniel Gökler, Gerhard Stanzinger;

abwesend: GVM. Günter Werner, GRM. Franz Irkuf, Klaus Georg Grillmayr, Sabine Knoll; NR Dipl.-Ing. Gerhard Deimek.

T a g e s o r d n u n g :

- 1) Rechnungsabschluss für das Haushaltsjahr 2011;
 - a) Prüfung durch den örtl. Prüfungsausschuss;
 - b) Genehmigung;
- 2) Prüfberichte der Bezirkshauptmannschaft Steyr-Land:
 - a) Unvermutete Kassaprüfung;
 - b) Nachtragsvoranschlag 2011;
- 3) Subventionen 2012;
- 4) Einbehaltung der Leader-Beiträge von den Ertragsanteilen durch die BH Steyr-Land – Ermächtigung;
- 5) Abänderung des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 32, Änderung 2 (Friedhofsfeld);
- 6) Kanalprojekt „Mosersiedlung“ – Variantenberechnung DI. Wechselbaumer;
- 7) Überarbeitung FWPL und örtl. Entwicklungskonzept – Bericht;
- 8) Schaffung Betriebsbaugebiet „Brunlehner“ – notwendige Aufschließungsmaßnahmen;
- 9) Schaffung Betriebsbaugebiet – Förderung für Betriebsansiedlungen und Betriebsumsiedlungen;
- 10) Ehrungen;
- 11) Maßnahmen für Studenten mit HWS Pfarrkirchen;
- 12) Allfälliges.

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von ihm einberufen wurde,
- b) die Verständigungen hiezu gemäß vorliegendem Zustellnachweis an alle Gemeindevorstandsmitglieder rechtzeitig und schriftlich unter Bekanntgabe der Tagesordnungspunkte erfolgt sind und
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Der Bürgermeister bestimmt AL. Franz Kaip zum Schriftführer dieser Sitzung.

Bgm. Plaimer gibt vor Eintritt in die Tagesordnung bekannt, dass er heute einen verfahrenökonomischen Dringlichkeitsantrag gem. § 46 der OÖ. Gemeindeordnung einbringt.

In der heutigen Sitzung soll folgender Dringlichkeitsantrag gefasst werden:
Flächenwidmungsplan Stockinger Fortführung des Verfahrens im Einzelgenehmigungsverfahren

Die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes in der heutigen GR-Sitzung erscheint dringlich, weil durch den bestehenden Widmungskonflikt in der Verfahrensabwicklung Umstände bestehen, die ohne diesbezüglicher Änderung voraussichtlich zu einer Versagung des gesamten Flächenwidmungsplanes samt örtlichem Entwicklungskonzept führen. Das Verfahren soll im Einzelverfahren fortgeführt werden.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass diese Angelegenheit dringlich behandelt wird.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Diese Angelegenheit wird dringlich behandelt.

TOP 1) Rechnungsabschluss für das Haushaltsjahr 2011;

a) Prüfung durch den örtl. Prüfungsausschuss;

Bericht: Obmann des Prüfungsausschusses GRM. Alfred Fischereder:

Der Prüfungsausschuss hat in seiner Sitzung vom 28. 2. 2011 den Rechnungsabschluss 2011 eingehend geprüft und festgestellt, dass die auf den Seiten 103 bis 108 angeführten Ausgabenüberschreitungen der Haushaltsansätze um mehr als 10 % bzw. mehr als € 1.500 den Grundsätzen der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Zweckmäßigkeit entsprechen.

Unter Pkt. Allfälliges wurde wieder über mögliche Einsparpotentiale betreffend die Höhe der Abgangszahlung für den Pfarrcaritas-Kindergarten diskutiert, da in den Prüfberichten der BH Steyr-Land immer wieder darauf hinwiesen wird.

Der Prüfungsausschuss kommt überein, dass die mit Schreiben vom 7. Nov. 2011 geforderten schriftlichen Auskünfte betreffend Beschäftigungsausmaße von der Kindergartenleitung eingefordert werden sollen.

AM. Ing. Marianne Daubner wird diese Angelegenheit bei der nächsten Sitzung des Kindergartenbeirates ansprechen.

Weiters soll von der Gemeindeverwaltung von anderen Gemeinden diesbezügliche Auskünfte eingeholt werden (Benchmark).

Antrag:

Der Prüfungsausschussobmann beantragt, der Gemeinderat möge daher den den Prüfbericht zur Kenntnis nehmen.

Beschluss:

Der Antrag des Prüfungsausschussobmannes wird einstimmig angenommen. Der Prüfbericht wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

b) Genehmigung;

Bericht: Bgm. Plaimer

Der Rechnungsabschluss 2011, welcher durch die Gemdat ausgedruckt wurde, liegt in der Zeit vom 7.2.2012 bis 21.2.2012 im Gemeindeamt zur allgemeinen Einsicht auf. Während dieser Zeit steht es jedermann frei, gegen den Rechnungsabschluss und die Vermögens- und Schuldenrechnung der Gemeinde schriftlich Erinnerungen einzubringen. Es ist festzustellen, dass bei folgenden Ausgabenansätzen Überschreitungen des Voranschlages um mehr als 10 % und zugleich mehr als 1.500,-- € vorliegen.

lt. RA 2011 (Seite 103 – 108)

Diese Überschreitungen erscheinen gerechtfertigt und bedürfen noch der Genehmigung durch den Gemeinderat.

Laut Gesamt-Istrechnung haben die Einnahmen	€ 5.944.877,54
und die Ausgaben	€ <u>6.125.722,00</u>
betragen, sodass am Jahresende ein negativer Ist-Bestand vorhanden ist.	€ 180.844,46

Im ao. Haushalt beträgt das laufende Anordnungs-Ist der Einnahmen	€ 374.136,32
und das der Ausgaben	€ <u>486.250,93</u>
sodass der ao. Haushalt mit einem tatsächlichen Ist-Abgang von abschließt.	€ 112.114,61

Der Schuldenstand der Gemeinde hat sich im Jahre 2011 von € 1.233.560,89 auf € 1.275.033,25 erhöht.

Im ordentlichen Haushalt betragen die Soll-Einnahmen	€ 2.828.533,20 und
die Soll-Ausgaben	€ <u>2.869.662,76</u>
sodass	
ein Soll-Abgang von	€ 41.129,56
gegeben ist.	

Vermerk: Die Vermögensrechnung liegt bei.
Die auf den Seiten 103 - 108 angeführten Ausgabenüberschreitungen werden eingehend durchgesprochen.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge den Rechnungsabschluss 2011 in der vorliegenden Form beschließen.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Der Rechnungsabschluss 2011 wird in der vorliegenden Form einstimmig beschlossen.

TOP 2) Prüfberichte der Bezirkshauptmannschaft Steyr-Land:

Bericht: Bgm. Plaimer

a) Unvermutete Kassaprüfung;

Die Bezirkshauptmannschaft Steyr-Land aht am 1.12.2011 gem. § 105 der Oö. Gemeindeordnung 1990 idGF. in Verbindung mit § 5 der Gemeindeprüfungsverordnung, eine unvermutete Überprüfung der Gemeindekasse vorgenommen.

Bei dieser Prüfung konnte eine Übereinstimmung der buchmäßigen und tatsächlichen Kassenbestände bei einem Kassenbestand in Höhe von – 287.174,80 Euro ermittelt werden. Eine detaillierte Aufstellung über den Kassenbestand wird als Anlage übermittelt.
Der diesbezügliche Prüfbericht wird vollinhaltlich verlesen.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge den Prüfbericht zur Kenntnis nehmen.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Der Prüfbericht wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

b) Nachtragsvoranschlag 2011;

Der vom Gemeinderat der Gemeinde Pfarrkirchen in der Sitzung am 8. Juli 2011 beschlossene Nachtragsvoranschlag für das Finanzjahr 2011 wurde im Sinne der Bestimmungen des § 99 Abs. 2 Oö. Gemeindeordnung einer Prüfung unterzogen.

Der Prüfbericht vom 7. Dez. 2011 wird vollinhaltlich verlesen.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge den Prüfbericht zur Kenntnis nehmen.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Der Prüfbericht wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

TOP 3) Subventionen 2012 (Liste der subventionierten Vereine);

Der Bürgermeister berichtet:

Der Gemeindevorstand kann aufgrund der Einnahmen des Voranschlages 2012 in Höhe von € 2,719.700,-- Subventionen bis zu einer Höhe von € 1.359,85 (0,05 %) bewilligen. Subventionen, die diese Höhe überschreiten, sind vom Gemeinderat zu genehmigen.

Nachstehende Subventionen sind daher vom Gemeinderat zu genehmigen:

Musikkapelle Pfarrkirchen	3.000,-- €
Kurverwaltung Bad Hall	2.000,-- €
Regionalforum Steyr-Kirchdorf (Leader Programm)	1.528,65 €

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge oben angeführte Subventionen für das Jahr 2012 bewilligen.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Die oben angeführten Subventionen für das Jahr 2012 werden genehmigt.

TOP 4) Einbehaltung der Leader-Beiträge von den Ertragsanteilen durch die BH Steyr-Land – Ermächtigung;

Der Bürgermeister berichtet:

In der Bürgermeisterkonferenz am 5.9.2011 wurde der Beschluss gefasst, dass künftig auch die Leader-Beiträge, welche die Gemeinde zu entrichten haben, von der Bezirkshauptmannschaft Steyr-Land bei Überweisung der Ertragsanteile in Abzug gebracht werden und an die zuständigen Stellen weitergeleitet werden. Für diese Vorgangsweise bedarf es eines Beschlusses durch den Gemeinderat.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass in der nächsten GR-Sitzung folgender Beschluss gefasst wird.

„Die Bezirkshauptmannschaft Steyr-Land wird ermächtigt, die Leader-Beiträge ab dem Jahr 2012 im Abzugswege direkt von den Ertragsanteilen einzubehalten“.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass die Bezirkshauptmannschaft Steyr-Land ermächtigt wird, die Leader-Beiträge ab dem Jahr 2012 im Abzugswege direkt von den Ertragsanteilen einzubehalten.

TOP 5) Abänderung des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 32, Änderung 2 (Friedhofsfeld);

Der Bürgermeister berichtet:

In der Sitzung des Gemeinderates vom 14. Oktober 2011 wurde neuerlich die Änderung des Bebauungsplanes 32 – Friedhofsfeld beschlossen.

Die Stellungnahmefrist ist mit 22. Dezember 2011 abgelaufen. Von der örtlichen Raumplanung wurde per Schreiben vom 28. November 2011 mitgeteilt, dass keine überörtlichen Interessen im besonderen Maße berührt werden und ein Widerspruch zum rechtswirksamen Flächenwidmungsplan nicht gegeben ist.

Nunmehr ist der Plan neuerlich vom Gemeinderat zu beschließen, danach zwei Wochen an der Amtstafel kund zu machen und anschließend zur Verordnungsprüfung dem Amt der OÖ.

Landesregierung vorzulegen.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge den Bebauungsplan Nr. 32, Änderung 2 (Friedhofsfeld) in der vorliegenden Form beschließen.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Der Bebauungsplan Nr. 32, Änderung 2 (Friedhofsfeld) wird in der vorliegenden Form beschlossen.

TOP 6) Kanalprojekt „Mosersiedlung“ – Variantenberechnung DI. Weichselbaumer;

Bericht: Vbgm. Alfred Jungwirth

Für die Abwasserentsorgung Moser wurde DI Weichselbaumer beauftragt eine Variantenuntersuchung durchzuführen. Es wurde die Variante Kläranlage Kaipp; Rest Senkgrube, als Variante 2 alle Anschluss an den öffentlichen Kanal mit Pumpwerk Kaipp und die Variante alle Senkgrubenentsorgung untersucht.

Die Variante 2 alle an den öffentlichen Kanal anzuschließen wurde als günstigste Variante errechnet.

Die Kosten werden mit einem Barwert in Höhe von € 626.687,18 angegeben.

Zu prüfen ist jedoch noch, ob die Kleingartensiedlung „Moser“, die außerhalb der gelben Linie liegt, in das geplante Kanalprojekt einbezogen werden kann und wieviel Anschlussgebühren vorgeschrieben werden können.

Eventuell ist die vorliegende Variantenberechnung zu überarbeiten.

Siehe AV vom 14.2.2012 bzw. Schreiben der BH Steyr-Land (Mag. Ecker) vom 14.2.2012.

Antrag:

Der Vizebürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge grundsätzlich beschließen, dass das Siedlungsgebiet „Mosersiedlung“ in Möderndorf an das Öffentliche Kanalnetz der Gemeinde Pfarrkirchen angeschlossen wird und die Projektsunterlagen für die wr. Bewilligungsverhandlung erstellt werden.

Der Gemeinderat möge weiters beschließen, dass der Kanal für die Mosersiedlung erst nach Ausführung des Projektes „Aufschließung des Betriebsbaugebietes in Mühlgrub“ und nach Vorliegen einer gesicherten Finanzierung realisiert wird.

GVM. Wolfgang Knogler fragt an, ob die Gemeinde ein Problem kriegen kann, wenn sie heute grundsätzlich beschließt, die Mosersiedlung an den öffentlichen Kanal anzuschließen und im Amtsvortrag davon die Rede ist, dass evt. die Wirtschaftlichkeitsberechnung überarbeitet werden muss, wenn z.B. die Kleingartensiedlung nicht an den Kanal angeschlossen werden muss oder nicht angeschlossen werden kann.

Bgm. Plaimer: Aus meiner Sicht nein.

Grundsätzlich ist das ein Bekenntnis, die Abwasserproblematik nach den Berichten der Bezirkshauptmannschaft und des Landes zu lösen. Ich bin 100prozentig davon überzeugt, dass eine andere Lösung aus volkswirtschaftlicher Sicht als ein Anschluss an das Kanalnetz besser wäre. Auch wenn ein Anschluss jetzt „sauteuer“ ist und jeder andere Lösung zum jetzigen Zeitpunkt günstiger wäre. Der Grundsatzbeschluss bedeutet für mich auch, dass wir der BH Steyr-Land jetzt mitteilen sollen, ja wir wollen und werden diese Abwasserproblematik lösen aufgrund des Beschlusses dieses Hauses, in der die „Gelbe Linie“ beschlossen wurde.

Aufgrund dieses Beschlusses der Gelben Linie sind für die Gemeinde die Fördersätze berechnet worden. Wenn wir diese Gelbe Linie nicht befolgen kann es zu Kürzungen der Förderung kommen. Das ist Faktum.

Was ganz wichtig in dieser Sache ist, dass nach meinen Informationen es in den nächsten Jahren überhaupt keine Förderungen mehr geben, respektive geben können, weil der Fördertopf leer wird. Das heißt, alles was 2012 noch eingereicht wird, wird gefördert. Ab 2013 wahrscheinlich nicht mehr. Ich denke wir müssen schauen, dass wir zu einer vernünftigen Lösung kommen und wenn wir heute das grundsätzlich beschließen, ist damit der Auftrag verbunden, dass sich der zuständige Ausschuss Weiter damit auseinandersetzt und in Verhandlungen mit dem Grundeigentümer Moser und den betroffenen Hausbesitzern ein Lösung zu finden.

Aus fachlicher Sicht des Gewässerschutzes ist für die gesamte Kleingartensiedlung unverzüglich eine ständige ordnungsgemäße, dem Stand der Technik entsprechende Abwasserbeseitigung herzustellen. Wir müssen daher in irgendeiner Form einen Lösungsansatz bringen.

Diese Problematik stellt sich schon 8 – 10 Jahre. Ich bereue zutiefst, dass die Mosersiedlung damals in die Gelbe Linie aufgenommen wurde.

GRM. Heimo Kahr fragt an, ob die Kleingartensiedlung Moser, die ausserhalb der Gelben Linie liegt, an den Kanal angeschlossen werden muss.

Bgm. Plaimer erklärt dazu, dass aus seiner Sicht noch nicht ganz klar ist, ob die Kleingartenfläche aus der Gelben Linie herausen ist, oder nicht.

Der nächste Schritt ist mit dem Grundeigentümer der Kleingartenfläche und den betroffenen Hausbesitzern zu verhandeln, um den ordnungsgemäßen Zustand herstellen zu können und ein vernünftiges Projekt zu entwickeln und ein bewilligungsfähiges Projekt bei der Wasserrechtsbehörde einreichen zu können, wobei die Prioritätenreihung eingehalten werden muss.

1. Betriebsbaugebiet Brunlehner
2. Anschluss Mosersiedlung.

Wann das Kanalprojekt Moser realisiert werden kann, hängt auch maßgeblich von der Finanzierbarkeit ab. Beim Betriebsbaugebiet haben wir auch einen wirtschaftlichen Handlungsbedarf, beim Kanal Mosersiedlung haben wir einen verfahrensrechtlichen Handlungsbedarf.

GRM. Fischereider spricht sich dafür aus, dass heuer das Projekt wasserrechtlich abgeklärt werden soll, um noch die möglichen Förderungen lukrieren zu können.

Er verweist auf die Kleingartensiedlung in St. Blasien, die mit Wasser, Kanal u. Strom aufgeschlossen wurde und die Pächter der jeweiligen Gartenparzellen mitzahlen mussten.

Vbgm. Jungwirth erklärt, dass der Kanal in der Kleingartensiedlung St. Blasien vom Grundeigentümer in Eigenregie verlegt wurde.

Beschluss:

Der Antrag des Vizebürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als grundsätzlich beschlossen gilt daher, dass das Siedlungsgebiet „Mosersiedlung“ in Möderndorf an das Öffentliche Kanalnetz der Gemeinde Pfarrkirchen angeschlossen wird und die Projektsunterlagen für die wr.

Bewilligungsverhandlung erstellt werden.

Der Gemeinderat hat weiter beschlosseen, dass der Kanal für die Mosersiedlung erst nach Ausführung des Projektes „Aufschließung des Betriebsbaugebietes in Mühlgrub“ und nach Vorliegen einer gesicherten Finanzierung realisiert wird.

TOP 7) Überarbeitung FWPL und örtl. Entwicklungskonzept – Bericht;

In der gemeinsamen Besprechung des Ausschusses für Bau- und Raumordnungsangelegenheiten hat sich der Gemeindevorstand bereits mit der Stellungnahme des Amtes der OÖ. Landesregierung, Abt. Raumordnung, sowie der Fachabteilungen, befasst.

Vom Ortsplaner wurden die aufgezeigten planlichen Mängel entsprechend korrigiert.

Hinsichtlich der Änderungen im ÖEK zu den Ausweisungen Änderung 1 – Neudecker, Änderung 2 – Maurerbaur, Änderung 3 und 7 – Mayrbäurl, Änderung 8 – Hiesmayr-Dorfer Karl und Änderung 9 – Werner bestehen keine Einwände.

Für die Änderung 4 Plaß – Wohngebiet wurde eine neue Stellungnahme eingeholt.

Nach einem neuerlichen Lokalausweisungsbescheid wird von der Forstabteilung der Bezirkshauptmannschaft Steyr-Land per Schreiben vom 03.02.2012, Forst30-011/2-4-2011, mitgeteilt, dass aus forstfachlicher Sicht auf dem landwirtschaftlich genutzten Grundstück 316 KG Mühlgrub grundsätzlich ein Waldabstand für Wohnobjekte von mindestens 30 m abzufordern ist. Im gegenständlichen Fall kann jedoch auf diese Bauverbotszone verzichtet werden, wenn die in beigeschlossenen Lageplan mit Orthofoto grün dargestellte Zone auf den Waldgrundstücken 296 bzw. 323/1 KG Mühlgrub niederwaldig bewirtschaftet und die Baumhöhe mit maximal 15 m begrenzt wird. Eine vertragliche Verpflichtung von Frau Christine Plass und Herrn Peter Pfeiffer ist jeweils noch einzuholen.

Änderung 5 – Plaß – Pfarrpfründe: Das Planvorhaben wird raumplanungsfachlich nicht gut geheißen und damit begründet, dass es inmitten eines rein agrarisch strukturierten Bereiches liegt. Hinsichtlich der Verfügbarkeit des Baulandes sind privatrechtliche Verträge abzuschließen.

Änderung 6 – Plaß: Hierzu wird kein Einwand mitgeteilt. Durch die Ausweisung einer Freizone werden auch die forstfachlichen Bedenken berücksichtigt.

Das von der Landesstraßenverwaltung geforderte Verkehrskonzept zu den Änderungen 4 – 6 liegt vor.

Die Stellungnahmen zum Flächenwidmungsplanteil wurden ebenfalls in der oben zitierten gemeinsamen Besprechung erörtert und den anwesenden Mitgliedern des Gemeindevorstandes und des Ausschusses für Raumordnungsangelegenheiten zur Kenntnis gebracht. Dabei ging es im Wesentlichen um Widmungsarrondierungen.

FWP – Änderung 17 Stockinger: Diese wurde ausführlicher besprochen. Hier liegt ein Widmungskonflikt zum südöstlich gelegenen Betriebsbaugelände vor. Die angedachte Schutzmaßnahme erscheint zu gering. Der Schutzbereich ist in Absprache mit dem Lärmschutztechniker festzulegen. Die Lärmschutzstellungnahme wurde vorgelesen und zur Kenntnis gebracht. Über die Verfügbarkeit des Baulandes ist eine privatrechtliche Vereinbarung abzuschließen. Um eine möglichst effiziente Ausnutzung des Baulandes „Wohngebiet“ zu erreichen ist die Erstellung eines Bebauungsplanes erforderlich. Ein Lärmschutzgutachten wird von Herrn Stockinger vorgelegt. Weiters gilt der bestehende Infrastrukturvertrag auch für die künftige Widmung, weil sich die Gemeinde darin u.a. verpflichtet hat, hinsichtlich des übrigen Teiles der gegenständlichen drei Grundstücke, in weiterer Folge bei der Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes die Umwidmung anzustreben. Lt. Gespräch vom 17.01.2012 bestätigt Herr Stockinger, dass der bestehende Infrastrukturvertrag auch für diese Fläche seine Gültigkeit hat, und dass der Inhalt des bestehenden Vertrages auch die künftige Baulandfläche beinhaltet.

Aufgrund des bestehenden Widmungskonfliktes wird der gegenständliche Antrag von Herrn Stockinger zurückgezogen und diese Fläche nur im Örtlichen Entwicklungskonzept ausgewiesen.

Die Zurückziehung des Antrages war notwendig, weil aufgrund der Bestimmungen des ROG eine Pufferzone zwischen dem Wohngebiet und der Betriebsbauwidmung auszuweisen ist.

Im ÖEK soll diese Fläche weiterhin ausgewiesen werden und es wird die Entwicklungsrichtung Wohnfunktion und Pufferfunktion mit Handlungsbedarf zur Optimierung der räumlich funktionellen Gliederung dargestellt. Weiters soll das Verfahren im Einzelwidmungsverfahren fortgeführt werden.

FWP Änderung 20 – Plass: Im Gespräch mit dem Grundeigentümer wurde geklärt, dass die Fläche mit der Ausweisung MB – eingeschränktes gemischtes Baugebiet nur im ÖEK ausgewiesen wird. Für die

Ausweisung des Wohngebietes wird ein Infrastrukturvertrag mit Frau Christine Plass abgeschlossen. Die negative forstfachliche Stellungnahme wurde mittels neuer Stellungnahme, wie unter Punkt 4 ÖEK beschrieben geändert. Die betroffenen Grundeigentümer Peter Pfeiffer und Frau Christine Plass wurden von der forstfachlichen Stellungnahme in Kenntnis gesetzt und um die Zustimmung ersucht.

FWP Änderung 22 – Plass: Das begonnene Verfahren wird fortgesetzt und im Zuge dieser Überarbeitung abgeschlossen.

Die Änderungen 26 – Huber, 27 – Schedlberger, 28 – Rührlinger erbringen nicht die Voraussetzungen, dass diesen Änderungen im weiteren Verfahren zugestimmt wird, sodass diese nach erfolgter eingehender Beratung einstimmig nicht mehr weiterverfolgt werden. Bisher wurde lediglich Herrn Huber aufgrund seiner Anfrage nach dem Stand der Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes das Ergebnis der vorliegenden Stellungnahme mündlich mitgeteilt.

Ausweisung eines Betriebsbaugebietes:

Im örtlichen Entwicklungskonzept ist die Ausweisung eines Betriebsbaugebietes vorgesehen. In den vergangenen Wochen wurden mehrere Varianten einer von Herrn Lattner gewünschten Betriebsbaugebietsausweisung im Flächenwidmungsplan geprüft und sowohl von Herrn Lattner und der Gemeinde erwogen.

Herr Lattner hat seine Präferenz für die Grundstücke der Pfarrpfünde, neben den Möglichkeiten seinen Betrieb nach Adlwang zu verlegen bekundet und es wurden ihm mit Schreiben vom 25. Jänner 2012 die Möglichkeiten der Gemeinde Pfarrkirchen in dieser Angelegenheit mitgeteilt.

Herr Lattner hat sich nunmehr lt. Schreiben vom 15.2.2012 entschieden, seinen Betrieb auf gepachtete Grundstücke der Pfarrpfünde und Frau Christine Plass zu übersiedeln. Es soll daher dieser Bereich auch im Flächenwidmungsplanteil als „Betriebsbaugebiet“ ausgewiesen werden.

Vorliegende Stellungnahmen:

Die RAG-Austria teilt in ihrer Stellungnahme vom 14.11.2011 mit, gegen die geplante Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5 keinen Einwand zu erheben, wenn die – den geltenden Vorschriften und Regelwerken entsprechenden Schutzzonen, die für einen sicheren und gesetzeskonformen Betrieb notwendig sind – eingehalten werden.

Die Marktgemeinde Kremsmünster teilt mit Schreiben vom 07.11.2011 mit, dass die Interessen der Marktgemeinde Kremsmünster durch diese Überarbeitung und die ausgewiesenen Änderungsbereiche in keiner Weise nachteilig berührt werden.

Mit Schreiben vom 07. November 2011 teilt die EurothermenResorts mit, dass von Seiten der OÖ. Thermenholding GmbH sowie der OÖ. Thermen-Immobilien GmbH keine Einwände gegen den überarbeiteten Flächenwidmungsplan vorliegen.

Das Militärkommando OÖ teilt per e-mail vom 7. November mit, dass bei dem gegenständlichen Vorhaben keine militärischen Planungen berührt werden.

Die OÖ. Ferngas teilen mit Schreiben vom 03.10.2011 mit, dass grundsätzlich keine Einwände erhoben werden.

Herr Josef und Frau Maria Werner, Dehenwangerstraße 45 haben mit Schreiben vom 21.11.2011 mitgeteilt, ihr Ansuchen vom 14.07.2010 auf Umwidmung Haus im Grünen (Stern) zurückzuziehen. Es bleibt somit die Widmung Wohngebiet.

Eine Stellungnahme der Wirtschaftskammer Oberösterreich vom 7.11.2011 liegt vor.

Herr Hans Pichler hat mit Schreiben per 08. November 2011 eine Stellungnahme zum Umwidmungsverfahren abgegeben, in der er nur dann bereit ist einer Umwidmung von Gewerbegrund auf

Mischbaugrund zuzustimmen, wenn sich dadurch für ihn und die Gewerbetätigkeit keinerlei Nachteile und Kosten ergeben.

Aufgrund des Widmungskonfliktes - anschließendes Wohngebiet zum Betriebsbaugebiet - ist jedoch eine Widmungsänderung in eingeschränktes gemischtes Baugebiet erforderlich.

Bisher ist amtlicherseits nichts bekannt, dass Herr Pichler um die behördlichen Bewilligungen für den Umbau eines Teiles der Kfz-Werkstätte zu einer Lackierbox angesucht hat.

Bgm. Plaimer berichtet, dass sich der Amtsvortrag in den letzten Tagen noch verändert hat, da wir gestern vom Ortsplaner (Hr. Kubernat) bzw. von Herrn Stockinger informiert wurden, dass der Lärmschutzgutachter und der Lärmschutztechniker keine gemeinsamen Lösungsansatz gefunden haben.

Damit beim Verfahren für die Änderung des Flächenwidmungsplanes samt ÖEK keine Verzögerungen durch etwaige Versagungsgründe riskiert werden, wird die Erweiterung des Friedhofsfeldes (Stockinger) aus dem Verfahren herausgenommen und ein eigenes Umwidmungsverfahren durchgeführt.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge beschließen:

1. Den vorliegenden Infrastrukturvertrag mit Frau Christine Plass betreffend die Aufschließung des geplanten Wohngebietes in der vorliegenden Form.
2. Die Flächenwidmung Nr. 17 im Flächenwidmungsplanteil ist nicht mehr Gegenstand der generellen Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes. Im ÖEK diese Fläche als Fläche mit der Entwicklungsrichtung Wohnfunktion und wie im ÖEK planlich dargestellt, Pufferfunktion – Handlungsbedarf zur Optimierung der räumlich funktionellen Gliederung, ausgewiesen..
3. Die beantragten Sternchenausweisungen mit den Änderungsnummern 26 - Huber, 27 - Schedlberger, 28 – Rühlringer werden nicht weiterverfolgt und sind nicht mehr Gegenstand im Genehmigungsverfahren.
4. Den vorliegenden Flächenwidmungsplan mit den verangestellten Änderungen, der auch die Ausweisung des im ÖEK vorgesehenen Betriebsbaugebietes in Mühlgrub nunmehr enthält.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher:

1. Den vorliegende Infrastrukturvertrag mit Frau Christine Plass betreffend die Aufschließung des geplanten Wohngebietes in der vorliegenden Form.
2. Die Flächenwidmung Nr. 17 im Flächenwidmungsplanteil ist nicht mehr Gegenstand der generellen Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes. Im ÖEK ist diese Fläche als Fläche mit der Entwicklungsrichtung Wohnfunktion und wie im ÖEK planlich dargestellt, Pufferfunktion – Handlungsbedarf zur Optimierung der räumlich funktionellen Gliederung, ausgewiesen..
3. Die beantragten Sternchenausweisungen mit den Änderungsnummern 26 - Huber, 27 - Schedlberger, 28 – Rühlringer werden nicht weiterverfolgt und sind nicht mehr Gegenstand im Genehmigungsverfahren.
4. Der vorliegende Flächenwidmungsplan mit den verangestellten Änderungen, der auch die Ausweisung des im ÖEK vorgesehenen Betriebsbaugebietes in Mühlgrub nunmehr enthält.

TOP 8) Schaffung Betriebsbaugebiet „Brunlehner“ – notwendige Aufschließungsmaßnahmen;

Der Bürgermeister berichtet:

Der Firma Lattner GesmbH, Mühlgruberstraße 40, wurde aufgrund von Gesprächen und seiner Anfrage vom 10. Jänner 2012 schriftlich mit Schreiben vom 25. Jänner 2012 die Möglichkeiten mitgeteilt, zu denen die Gemeinde Pfarrkirchen die geplante Betriebsumsiedelung unterstützen kann. Mit Schreiben vom 15.02.2012 teilt Herr Erich Lattner jun. mit, dass er seinen Betrieb auf Grundstücke der Pfarrfründe verlegen möchte.

Hiezu ist es erforderlich, dass ein Projekt für die Wasserver- und -entsorgung erstellt wird. Dieses Projekt ist bei der Wasserrechtsbehörde zur Bewilligung einzureichen.

Die Abwicklung des Bauvorhabens (Ausschreibung, Überwachung, Abnahme) sollte dann durch den Wasserverband Kurbezirk Bad Hall erfolgen.

Eine definitive Kostenschätzung liegt nicht vor bzw. wird die Abwasserentsorgung lt. einer Grobschätzung des Büros DI Weichselbaumer mit ca. € 499.200,-- angegeben.

Nach den bisher vorliegenden Annahmen betragen die Wasseranschlussgebühr ca. € 30.870,-- und die Kanalanschlussgebühr ca. € 51.145,--.

Weiters ist für das künftige Betriebsbaugebiet eine Abbiegespur lt. Verkehrskonzept vorzusehen. Die Kosten der Errichtung dieser im Konzept vorgesehenen Abbiegespur werden auf ca. € 215.00,-- netto geschätzt.

Als Verkehrsflächenbeitrag sind ca. € 6.400,-- zu erwarten, die für die Landesstraßenverwaltung eingehoben werden.

Hinsichtlich der Errichtung der Abbiegespur wurde am Dienstag, 28.02.2012 ein Gespräch mit Strm. Kroiss geführt. Das von der Straßenverwaltung im Umwidmungsverfahren geforderte Straßenkonzept liegt vor. Die Flächen die für die Abbiegespur benötigt werden sind im Zuge von Verträgen mit den Grundeigentümern zu sichern. Straßenmeister Kroiss sieht nicht den Bedarf einer sofortigen Umsetzung des Konzeptes, weil dies richtet sich nach bestimmten Kriterien wie stark die Straße frequentiert wird. Im Technischen Bericht des Zvilingenieursbüros KMP wird die geometrische Ausbildung der Abbiegestreifen beschrieben. Die Länge der Verzögerungstrecke wurde mit 20,0 m angenommen. Bei einer Projektierungsgeschwindigkeit von 70 km/h ergibt sich laut RVS 03.05.12 Pkt 4.2.2. eine mögliche stündliche Verkehrsbelastung von etwa 350 Kfz/h. Aufgrund von vorliegenden Querschnittszählungen umliegender Straßen mit ähnlicher Charakteristik kann jedoch davon ausgegangen werden, dass diese Stundenbelastung auch längerfristig nicht überschritten wird. Strm. Kroiss ist der Ansicht, dass diese Abbiegespur die kommenden Jahre nicht benötigt wird. Die im Gemeindeamt vorliegenden Verkehrszählungen haben ergeben:

Adlwanger Bezirksstraße Nov. 2011: gesamt	15.011 Kfz	tgl. 2.144	89/h
Fahrtrichtung Adlwang:	7.703	tgl. 1.100	46/h
Fahrtrichtung Bad Hall	7.308	tgl. 1.044	43/h
Wartberger Landesstraße Sept. 2011: gesamt	19.074 Kfz	tgl. 2.725	114/h
Fahrtrichtung Wartberg:	9.484	tgl. 1.354	56/h
Fahrtrichtung Bad Hall	9.590	tgl. 1.370	57/h

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass die Projekte für die notwendigen Aufschließungsmaßnahmen erstellt und die entsprechenden Bewilligungen eingeholt werden.

Weiters ist noch die Finanzierung zu sichern.

Grundsätzlich soll auch beschlossen werden, dass die Durchführung der notwendigen Aufschließungsarbeiten an den Wasserverband Kurbezirk Bad Hall übertragen werden.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass die Projekte für die notwendigen Aufschließungsmaßnahmen erstellt und die entsprechenden Bewilligungen eingeholt werden.

Weiters ist noch die Finanzierung zu sichern.

Grundsätzlich soll auch beschlossen werden, dass die Durchführung der notwendigen Aufschließungsarbeiten an den Wasserverband Kurbezirk Bad Hall übertragen werden.

TOP 9) Schaffung Betriebsbaugebiet – Förderung für Betriebsansiedlungen und Betriebsumsiedlungen;

Der Bürgermeister berichtet:

Zum Thema Förderung für Betriebsansiedlung und Betriebsumsiedlung wird auf den Erlass des Amtes der OÖ. Landesregierung hingewiesen, wonach nur bei Firmen- neugründungen eine Kommunalsteuerrückvergütung in Höhe von max. 50% auf die Dauer von max. 3 Jahren gewährt werden darf.

Die Gebührenordnungen für den Wasserleitungsanschluss und für den Kanalanschluss enthalten keine Ermäßigungssätze.

Hinsichtlich der Gewährung von Ermäßigungen für den Wasserleitungs- und Kanalanschluss wurden die Nachbargemeinden Waldneukirchen, Stadtgemeinde Bad Hall und die Gemeinde Adlwang befragt. Auf den diesbezüglichen Aktenvermerk vom 25. Jänner 2012 wird verwiesen.

In der Angelegenheit Lattner GesmbH wird nunmehr das Modell von Adlwang vorgeschlagen. Diese Regelung sieht bei einer Fläche von mehr als 600 m² eine Ermäßigung auf 30 % vor.

Ohne Ermäßigung würde bei den von der Firma Lattner genannten Voraussetzungen folgende Gebühren anfallen:

Wasserleitungsanschlussgebühr:	ca. € 95.000,--
Kanalanschlussgebühr:	ca. € 160.400,--

Bei Anwendung des Modells der Gemeinde Adlwang werden folgende Gebühren berechnet:

Wasserleitungsanschlussgebühr:	ca: € 30.870,--
Kanalanschlussgebühr:	ca. € 51.145,--

Bei einer Betriebsneuansiedlung wird der Erlass des Amtes der OÖ. Landesregierung berücksichtigt. In der Angelegenheit Lattner GesmbH

kann daher ein gänzlicher Nachlass der Kommunalsteuer nicht mehr gewährt werden.

Die Fa. Lattner GesmbH Kisten und Paletten hat bereits in den Jahren 2005 – 2007 eine 50%ige Rückvergütung in Höhe von € 5.223,70 erhalten.

Die Firma C&E Verpackungstechnik GmbH (heute Metalltechnik) hat in den Jahren 2006 – 2008 eine 50%ige Rückvergütung in Höhe von € 14.292,03 erhalten.

Für die Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte wurde für die Jahre 2013 – 2015 eine Kommunalsteuerrückvergütung in Höhe von 50% auf Basis des Kommunalsteuer- aufkommens vom Jahre 2012 in Aussicht gestellt.

Offen ist noch die Finanzierung der von der OÖ. LSTV geforderten Abbiegespur (geschätzte Kosten rd. 215.000,-- zzgl. 20 % MWSt.).

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass für Betriebsansiedlungen das Fördermodell der Gemeinde Adlwang zur Anwendung kommt. Die Kanal- und Wasserleitungsanschlussgebühr wird bis zu einer Fläche bis 200 m² auf 70%, von 201 – 600 m² auf 50% und ab 601 m² auf 30 % ermäßigt.

Der Gemeinderat möge in der Angelegenheit Lattner beschließen, diese Ermäßigung bei der Betriebsumsiedlung angewendet wird und dass eine Kommunalsteuerrückvergütung in Höhe von 50% für die Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte für die Jahre 2013 – 2015 auf Basis des Kommunalsteueraufkommens vom Jahre 2012 gewährt wird.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass für Betriebsansiedlungen das Fördermodell der Gemeinde Adlwang zur Anwendung kommt. Die Kanal- und Wasserleitungsanschlussgebühr wird bis zu einer Fläche bis 200 m² auf 70%, von 201 – 600 m² auf 50% und ab 601 m² auf 30 % ermäßigt.

In der Angelegenheit Lattner gilt als beschlossen, dass die Ermäßigung bei der Betriebsumsiedlung angewendet wird und dass eine Kommunalsteuerrückvergütung in Höhe von 50% für die Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte für die Jahre 2013 – 2015 auf Basis des Kommunalsteueraufkommens vom Jahre 2012 gewährt wird.

TOP 10) Ehrungen;

Der Bürgermeister berichtet:

Mit Schreiben vom 2. Feb. 2012 (E-Mail) wurde der Gemeinde eine Liste der Naturfreunde – Vereinsmitglieder r übermittelt, die zur Verleihung der Ehrenzeichen der Gemeinde vorgeschlagen werden.

Die Überreichung soll dann nach Beschluss des Gemeinderates am 21. April 2012 beim Vereinsabend der Naturfreunde im GH Mayrbäurl erfolgen.

Vom Obmann der Naturfreunde wurde am 2.2.2012 eine Liste von zu Ehrenden eingereicht: Um die Übereinstimmung mit den Richtlinien der Gemeinde Pfarrkirchen für die Verleihung von Ehrenzeichen überprüfen zu können, wurde Obmann Peter Urban ersucht, der Gemeinde Pfarrkirchen eine diesbezügliche Aufstellung über die Funktionärstätigkeit der zur Ehrung vorgeschlagenen Personen vorzulegen.

Siehe Schreiben vom 21. Feb. 2012

Die Überprüfung hat ergeben, dass aufgrund der Richtlinien für die Verleihung der Ehrenzeichen der Gemeinde Pfarrkirchen vom 2.4.2004 an Frau Waltraud Urban das Ehrenzeichen der Gemeinde Pfarrkirchen in Gold verliehen werden kann. (20 Jahre Schriftführerin, 12 Jahre Kassierin).

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass an Frau Waltraud Urban, wh. Wilhelm-Fein-Str. 32, für ihre langjährige Tätigkeit als Funktionärin der Naturfreunde das Ehrenzeichen der Gemeinde Pfarrkirchen in Gold verliehen wird.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass an Frau Waltraud Urban, wh. Wilhelm-Fein-Str. 32, für ihre langjährige Tätigkeit als Funktionärin der Naturfreunde das Ehrenzeichen der Gemeinde Pfarrkirchen in Gold verliehen wird.

TOP 11) Maßnahmen für Studenten mit HWS Pfarrkirchen;

Der Bürgermeister berichtet:

Immer mehr Gemeinden in ganz Österreich versuchen mit Angeboten der Heimatgemeinde Studierende dazu zu bewegen, damit sie ihren Wohnsitz in Ihrer Heimatgemeinde aufrecht erhalten und nicht in die Universitätsstädte Wien, Graz, Innsbruck, Salzburg oder Linz verlegen.

Ursächlich ist das im Zusammenhang mit den Abgabenertragsanteilen zu sehen, welche auf Grund der Einwohnerzahlen jeder Gemeinde berechnet werden. Im Falle von Pfarrkirchen liegt die Kopfquote derzeit bei ca. € 639,-- (Ertragsanteile insgesamt € 1,356.939, Einwohner 2.123 am Stichtag 31.10.2010).

Die Marktgemeinde Garsten hat z.B. für Studierende das Angebot gemacht, die Kosten für das Semesterticket für Wochen- oder Monatsfahrkarten zum und am Studienort zu übernehmen.

Die Stadtgemeinde Bad Hall hat z.B. beschlossen, dass für Studenten mit Hauptwohnsitz Bad Hall ab dem Frühjahrssemester 2011 ein Kostenersatz in Höhe von € 50,-- pro Semester für das öffentliche Verkehrsmittel zum oder am Studienort gewährt wird. Ein Studiennachweis und der Nachweis über den Bezug der Familienbeihilfe sind erforderlich.

Lt. Auskunft beim Stadtamt Bad Hall haben im letzten Jahr ca. 20 Studenten(innen) ein Semesterticket beantragt.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass vorerst für das Sommersemester 2012 auch für die Studenten(innen) in der Gemeinde Pfarrkirchen ein Kostenersatz in Höhe von € 50,- für das Öffentliche Verkehrsmittel zum oder am Studienort gewährt wird. Ein Studiennachweis und der Nachweis über den Bezug der Familienbeihilfe sind erforderlich.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass vorerst für das Sommersemester 2012 auch für die Studenten(innen) in der Gemeinde Pfarrkirchen ein Kostenersatz in Höhe von € 50,- für das Öffentliche Verkehrsmittel zum oder am Studienort gewährt wird. Ein Studiennachweis und der Nachweis über den Bezug der Familienbeihilfe sind erforderlich.

TOP 12) Allfälliges.

a) Dringlichkeitsantrag:

Der Bürgermeister berichtet:

Dieser Angelegenheit wurde in der Sitzung des Ausschusses für Bau- und Raumordnungsangelegenheiten un der Mitglieder des Gemeindevorstandes am 12. Jänner 2012 besprochen.

Um eine Verzögerung bei der generellen Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes samt ÖEK zu vermeiden, soll das Umwidmungsverfahren für den 2. Teil des Friedhoffeldes Grundstück Nr. 216/1 und 224/1 KG. Pfarrkirchen im Einzelumwidmungsverfahren fortgeführt werden.

Bis zum Umwidmungsbeschluss soll mit dem Grundeigentümer geklärt werden, in welcher Form die im ÖEK ausgewiesene Pufferfunktion räumlich, funktionell gegliedert optimiert werden kann.

(z.B. Kleingartensiedlung, Wohnhaus mit Betriebsnutzung etc.)

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge grundsätzlich beschließen, dass das Widmungsverfahren „Flächenwidmungsplanänderung Stockinger, Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 6, Änderung 1, im Einzelverfahren fortgeführt wird.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als grundsätzlich beschlossen gilt daher, dass das Widmungsverfahren „Flächenwidmungsplanänderung Stockinger, Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 6, Änderung 1, im Einzelverfahren fortgeführt wird.

- b) EM. Christine Neudecker erklärt, dass sie ab 5.3.2012 ihren Wohnsitz nach Kematen verlegen wird und sie bedankt sich für die gute und „bedenklich harmonische“ Zusammenarbeit in den letzten zweieinhalb Jahren. Sie war und bleibt gerne im Herzen eine Pfarrkirchnerin. Bgm. Plaimer dankt Frau Christine Neudecker für die geleistete Arbeit, vor allem auch im Prüfungsausschuss.
- c) GVM. Knogler gibt bekannt, dass das Ehrenzeichen der Gemeinde in Gold beim nächsten Pfarrfest an Frau Theresia Klausriegler übereicht werden soll.
- d) GVM. Knogler lädt alle Mitglieder des Gemeinderates herzlich zum Energiesparvortrag am Donnerstag, den 22.3.2012, um 19.00 Uhr im GH Mayrbäurl ein.
- e) GVM. Wolfgang Knogler fragt an, ob es in der Sache „Postzustellung von Postwurfsendungen“ schon eine Regelung gibt. Dazu erklärt der Bürgermeister, dass künftig Postwurfsendungen nur mehr rayonsweise zugestellt werden und lt. Auskunft der Postdirektion eine eigene Postleitzahl gar nichts nützt. Er werde diese Angelegenheit bei der nächsten Bürgermeisterbesprechung ansprechen und schlägt vor, dass in der nächsten GR-Sitzung eine diesbezügliche Resolution an die zuständige Infrastrukturministerin bzw. an die Bundesregierung beschlossen werden soll.

GVM. Eva Maria Hütmeier spricht sich ebenfalls für eine Unterstützung in dieser Sache auch im Sinne der betroffenen Vereine und Organisationen aus.

- f) GRM. Kahr urgiert die Anbringung eines engmaschigeren Schutzgitters bei der Oberflächenentwässerung „Felberbauernberg“ im Bereich des Kalvarienbergweges.
- g) Bgm. Herbert Plaimer dankt Frau Christine Neudecker für ihre Mitarbeit im Gemeinderat und erklärt, dass sie in diesen zweieinhalb Jahren Spuren hinterlassen hat, u.z. vor allem bei ihrer Tätigkeit im Prüfungsausschuss mit ihrer fachlichen Kompetenz und durch ihre Bemühungen im Bereich des Umweltschutzes als Mitinitiatorin des Nahwärmeprojektes Pfarrkirchen, um dadurch Postives im Sinne des Energiesparens zu erreichen.

Bgm. Plaimer wünscht ihr persönlich für den weiteren Lebensweg viel Freude, Wohlergehen und Gesundheit und dass Pfarrkirchen immer in positiver Erinnerung bleibt.

- h) GRM. Heimo Kahr erinnert die anwesenden Mitglieder des Gemeinderates noch an den 30. Gemeindegeschäftstag am 11. März 2012.

Der Bürgermeister stellt fest, dass gegen die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 15. Dez. 2011 keine Erinnerungen eingebracht wurden. Er erklärt sie daher für genehmigt und schließt die Sitzung.

Der Vorsitzende:

GR-Mitglieder:

Der Schriftführer:

Ohne – Mit folgenden – Erinnerungen genehmigt am:

Der Bürgermeister: